Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 172. Montag, 27. Juli 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 57 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige. die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auftakt zur Genfer Vorbesprechung.

Die gleichzeitig aus London und Paris kommenden Meldungen über eine bevorstehende Einladung der alliierten Regierungen an den deutschen Außenminister Dr. Stresemann, zu der von den alliierten Regierungen in Aussicht genommenen Vorbesprechung der Außenminister nach Genf zu kommen, haben in Berlin große Beachtung gefunden. Es scheint, daß der von England ausgehende Plan, während der Septembertagung des Völkerbundsrates die Diskussion über den Sicherheitspakt und über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in unverbindlichen Besprechungen zu eröffnen, ernsthafte Aussicht auf Verwirklichung hat. Eine Einladung an den deutschen Außenminister Dr. Stresemann wäre in einem solchen Falle selbstverständlich, aber es muß betont werden, daß man im gegenwärtigen Stadium der Dinge von derartigen Möglichkeiten noch nicht wie von feststehenden Tatsachen sprechen darf. Es ist richtig, daß der deutsche Außenminister es außerordentlich begrüßen würde, wenn eine Zusammenkunft der beteiligten Staatsmänner in Genf zustandekommen würde, denn dann bestände ernsthafte Aussicht darauf, daß man zu einer gegenseitigen Annäherung gelangt und die Grundlagen feststellt, auf denen eine Sicherheitskonferenz einberufen werden kann. Die Zusammenkunft in Genf würde schließlich auch anderen an der Sicherheitsfrage nicht unmittelbar beteiligten Völkerbundmächten Gelegenheit geben, zwischen Deutschland und den Alliierten zu vermitteln und namentlich die mit dem Völkerbund zusammenhängenden Fragen zu klären.

In den letzten Tagen hat die französische Regierung durch die französische Botschaft in Berlin eine Reihe von Rückfragen an die Reichsregierung gerichtet, in denen um Aufklärung über verschiedene Punkte der deutschen Antwortnote gebeten wurde. Daraufhin hat nunmehr der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch, neue Instruktionen erhalten, um in einer für die nächsten Tage bevorstehenden Unterredung mit Briand den Standpunkt Deutschlands näher zu präzisieren. Schon jetzt läßt sich die Situation so weit übersehen, daß eine Ueberbrückung der deutsch-französischen Gegensätze nur dann möglich sein würde, wenn gemeinsame Besprechungen zwischen den Außenministern aller beteiligten Regierungen zustandekommen. Eine solche gemeinsame Diskussion würde den Vorteil haben, daß die einzelnen Probleme sofort durchgesprochen werden, ohne daß einer der Beteiligten irgendwelchen direkten Anfragen ausweichen kann. In den diplomatischen Kreisen ist neuerdings das Gerücht verbreitet, daß der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch bereits einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet habe, der eine Lösung der Ostfragen vorsehen soll, und der es angeblich auch der deutschen Regierung ermögliche, in den Sicherheitspakt eine Klausel aufzunehmen, die den Wünschen der östlichen Nachbarn Deutschlands Rechnung trägt. Wenn diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, so würde dahinter zweifellos weit mehr zu suchen sein, als eine bloße Vermittlungsaktion der Prager Regierung, sondern man müßte eventuell mit der Tatsache zu rechnen haben, daß Frankreich sich mit den ihm befreundeten Ostmächten, Polen und Tschechoslowakei, solidarisch erklärt. Trotzdem würde man deutscherseits eine Vermittlung Dr. Beneschs nicht rundweg ablehnen, denn man kann zur Zeit noch nicht wissen, ob die tschechischen Vorschläge praktischen Wert besitzen oder nicht. Daß man jedoch deutscherseits einer Intervention Dr. Beneschs mit mißtrauischer Wachsamkeit gegenüberstehen würde, muß angesichts der wiederholten diplomatischen Intriguen dieses Staatsmannes als selbstverständlich bezeichnet werden. Sollte eine Vorbesprechung in Genf zustandekommen, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst eine Fühlungnahme zwischen Dr. Stresemann und dem französischen Außenminister Briand stattfinden, an die sich dann eine Aussprache mit Chamberlain und schließlich eine gemeinsame Zusammenkunft anschließen würde.

Die Neuregelung der Hauszinssteuer.

Die Regierungsvorlage im Steuerausschuß angenommen.

Berlin. Nach Schluß der Vollsitzung des Reichstages trat am Sonnabend der Steuerausschuß noch einmal zusammen, um die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über Aenderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden fortzusetzen. **Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Hauszinssteuer.** Dabei betonte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß es im Interesse der Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Belastung von Nutzen sei, wenn **für die gesetzliche Miete im Reich ein Mindestsatz festgelegt** werde. Diese Regelung sei auch für die Länder angenehm. **Es sei selbstverständlich, daß bei der künftigen Lohnpolitik der Erhöhung der Mieten Rechnung zu tragen sei.** Bezüglich der Abkürzung der ursprünglich auf drei Jahre festgesetzten Regelung auf nur zwei Jahre bemerkte der Minister, daß die Wohnungsnot in zwei Jahren leider noch nicht behoben sein werde, und schon aus diesem Grunde die im Jahre 1928 gegebene Lage dazu zwingen werde, mit den begonnenen Maßregeln fortzufahren.

In der Abstimmung wurde unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Opposition die Regierungsvorlage mit kleinen Aenderungen der Regierungsparteien aufrecht erhalten. Die Regelung erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1928 und sieht vor, daß 20 bis 30 v. H. der Mieten für den allgemeinen Finanzbedarf und 15 bis 20 v. H. für die Förderung des Wohnungsneubaues verwendet werden sollen. Ferner bestimmt die Vorlage, daß vom Reiche die gesetzliche Mindestmiete einheitlich festgesetzt wird.

Das Militärversorgungsgesetz endgültig angenommen.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, den 25. Juli 1925.

Das Haus ist nahezu leer.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die **Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch** wird, da sich neue Gesichtspunkte ergeben haben, an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß zurückverwiesen.

Es folgt dann die zweite Beratung des

Wehrmachtversorgungsgesetzes.

Abg. **Paffehl** (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Nach der Vorlage haben **Inhaber des Zivildienstscheins** nach Maßgabe besonderer Grundsätze Anwartschaft auf Anstellung bei Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und bei sonstigen öffentlichen Körperschaften. Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung um eine Uebersicht über den zahlenmäßigen Umfang der alljährlich freiwerdenden Beamtenstellen sowie über die Zahl der Bewerber mit Zivildienstschein.

Abg. **Brüninghaus** (D. Vp.) bezeichnet eine geregelte Versorgung der Zivilanwärter als eine Lebensfrage des Reiches. Es sei zu begrüßen, daß die vorliegende Novelle jetzt Ordnung in die in letzter Zeit ganz verfahrenen Zustände auf diesem Gebiet bringen wolle. Der Ausschuß habe ausreichende Sicherheiten geschaffen, um zu verhindern, daß durch die Zivilanwärter Privatangestellte brotlos gemacht werden. Die Regierungsparteien würden selbst einen Antrag einbringen, wonach die Krankenkassen nach wie vor von der Verpflichtung zur Einstellung von Zivilanwärtern entbunden bleiben. Die jetzt brachliegenden Kräfte von 12 000 bis 16 000 Militäranwärtern müßten der Gesamtheit nutzbar gemacht werden.

Abg. **Paffehl** (Soz.) betont, es sei unmöglich, alle entlassenen Reichswehrangehörigen im öffentlichen Dienst unterzubringen. Sie müßten in größerer Zahl der freien Wirtschaft zugeführt werden. In den Berufsschulen der Reichswehr werde dazu gute Vorarbeit geleistet.

Abg. **Rädel** (Kom.) legt dem Gesetzentwurf politische Ziele unter. Man wolle überall in die Beamtenstellen politisch zuverlässige Militäranwärter hineinschieben.

Abg. **Schuldt-Steglitz** (Dem.) bestreitet, daß hier ein politisches Problem vorliege. Man solle doch keinen Zwiespalt schaffen zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr.

Abg. **Dietrich-Franken** (Völk.) schließt sich dem Vorredner an.

Die Ausschußbeschlüsse werden im wesentlichen bestätigt. Die zweite Lesung wird erledigt. Darauf wird **das Gesetz auch in dritter Lesung angenommen**, und zwar mit einer Bestimmung, wonach die **Krankenkassen nicht unter das Gesetz fallen.**

Es folgt die Fortsetzung der ersten Lesung des

Militäruniformgesetzes.

Abg. **Dr. Haas** (Dem.) bedauert die Zwischenfälle bei der bisherigen Beratung des Gesetzes. Sie seien der Würde des Reichstages abträglich gewesen. **Der Redner stimmt grundsätzlich der Vorlage zu.** Es müsse dafür gesorgt werden, daß niemand in der Uniform bei Veranstaltungen erscheine, bei denen gegen den Staat gehetzt werde. So dürfe bei den Veranstaltungen des Kyffhäuser-Bundes und des Bundes Deutscher Offiziere keine Uniform sich zeigen, da diese Verbände Kameraden, die dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold angehören, ausschließen, selbst wenn sie 3—4 Jahre vor dem Feinde gestanden und das Eiserne Kreuz 1. Klasse erworben hätten. Die Politik des Kyffhäuser-Bundes der Kriegervereine sei verderblich und verächtlich.

Abg. **Sänger** (Soz.) erkennt an, daß auch im alten Offizierkorps Beispiele höchster Aufopferung und Pflichttreue gegeben wurden, vor allem in den ersten Kriegsjahren. Später aber zeigte sich der verderbliche Geist der Etappe. Die alte Uniform sei das Symbol der Kaiserzeit, sie dürfe in der Republik nicht auf der Straße zu sehen sein. Was einmal verloren sei, kehre nicht mehr zurück. Die Reichswehroffiziere sollten allmählich zu der Ansicht kommen, daß es etwas Höheres sei, Diener eines Volkes zu sein, als Diener eines obersten Kriegsherrn. Ludendorff sei aus der Standesgemeinschaft des deutschen Offizierkorps ausgeschlossen worden; er werde aber von den meisten Angehörigen der Rechtsparteien als das Musterbeispiel eines pflichttreuen Offiziers hingestellt. Als der Redner von politischen Morden spricht, ertönt auf der Rechten der Zuruf: Friedrich Adler! Der Redner erwidert darauf, daß Adler den Mut hatte, für seine Tat einzustehen. Die Rechte solle sich aber doch des Grafen Arco erinnern, der — obwohl ein Mörder — heute ein gefeierter Mann sei, und den der Domkapitular von Regensburg als einen jugendlichen Nationalhelden hingestellt habe. (Hört! hört! links.) Die Rechte solle an Ehrhardt denken, der eine unschuldige Frau ins Gefängnis gebracht habe und als deutscher Offizier noch nicht den Mut gefunden habe, sich dem Gericht zu stellen. (Hört! hört! links.) Wo immer eine politische Mordtat in den letzten Jahren geschehen sei, da hätten die Völkischen ihre Finger dabei gehabt. (Zustimmung links.) Der Redner wendet sich scharf gegen die Völkischen und Hitler und wirft ihnen vor, das Ende ihrer Staatskunst sei gewesen, daß sie eines Tages in München die Gewehre aufeinander angelegt hätten. Hundert marxistische Arbeiter im Ruhrgebiet hätten tausendmal mehr geleistet als die Völkischen mit ihren Schwätzereien. (Beifall der Sozialisten. — Lachen der Völkischen.)

Als darauf der Abg. **Kuhnt** (Soz.), der durch seine abfällige Kritik an der alten Armee die Sturmszenen der vorigen Woche verschuldet hat, wiederum das Wort nimmt, **verlassen die Parteien der Rechten den Saal.** Kuhnt hält an seiner Verwerfung der Vorlage fest. Der Redner bestreitet, daß er auch nur in der leisesten Form irgendeine Beschimpfung gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen habe. Es sei bezeichnend, daß gerade diejenigen, die den Tod des Reichspräsidenten Ebert auf dem Gewissen haben, sich jetzt als Sittenhüter des Reichspräsidenten aufspielen. Es habe ihm auch fern gelegen, die ehemaligen Offiziere gehässig anzugreifen.

Abg. **v. Ramin** (Völk.) lehnt grundsätzlich den politischen Mord ab. Man könne nicht verhindern, daß jemand sich in eine Organisation einschleicht und dann ein Verbrechen begeht; man müsse einen solchen Mann dann aber von den Rockschößen abschütteln. Man könne den Völkischen keine Mordbeteiligung nachweisen. (Lachen links.) Ehrhardt habe mit ihnen nichts zu tun. (Gelächter links.) Graf Arco gehöre zur Bayerischen Volkspartei. (Erneutes Gelächter links.) Es sei doch auffällig, daß die Sozialdemokratie sich gerade über die Ermordung Rathenaus so aufrege, der ein Großkapitalist und 50 faches Aufsichtsratsmitglied war. (Große anhaltende Unruhe links.) Rathenau stand Herrn Stinnes gleich, und die Sozialdemokratie würde wohl nicht demonstriert haben, wenn Stinnes ermordet worden wäre. (Anhaltende große Unruhe und empörte Zurufe links.) Der Redner wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie die Tat Adlers entschuldigt hätten, also nicht vom politischen Mord abgerückt wären. (Heftiger anhaltender Widerspruch der Sozialisten.)

Abg. **Sänger** (Soz.) erwidert dem Vorredner, er halte es für vermessen, wenn jemand in das Walten des Schicksals eingreife.

Damit schließt die Aussprache. **Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen.**

Der Soziale Ausschuß ersucht die Reichsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die

Lage der Rentenempfänger des Saargebiets

nach Möglichkeit der der Rentenempfänger im übrigen Reichsgebiet angepaßt wird.

Reichsarbeitsminister Brauns schildert die Verhältnisse im Saargebiet, wo die dortige Regierungskommission ganz nach eigenem Ermessen schalte und walte. Eine unmittelbare Einwirkung auf die Sozialversicherung des Saargebiets war nicht möglich. Die Reichsregierung sei aber bereit, im Sinne der Entschließung mit der Regierungskommission in Verbindung zu treten, um eine Besserung herbeizuführen.

Die Entschließung wird angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Montag 2 Uhr: Zweite Beratung der Steuergesetze.

Schluß gegen 5 Uhr.

Die Räumung Essens im vollen Gange.

)(Essen. Die Räumung der Stadt Essen durch die Franzosen, die schon vor einiger Zeit begonnen hat, ist in vollem Gange. Das Justizgebäude ist bereits freigegeben worden. Das Polizeipräsidium ist von den deutschen Behörden bereits abgenommen, wenngleich sich noch Franzosen in dem Gebäude befinden. Das Gebäude des Bergbaulichen Vereins ist bisher noch nicht geräumt. Große Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgerückt. Ueber den Termin der endgültigen Räumung steht noch nichts fest.

Die Räumung der Sanktionsstädte.

)(Düsseldorf. Verschiedene Anzeigen bestätigen die Londoner und Pariser Meldungen, daß **tatsächlich auch die sogenannten Sanktionsstädte bis zum 15. August geräumt sein werden.** So hat die französische Artillerie zum größten Teil bereits Düsseldorf verlassen. Nach und nach werden immer mehr wichtige Gebäude geräumt. Die Franzosen treffen auch keine Vorkehrungen für den Winter, wie es in den letzten Jahren der Fall war

Die Moor- und Heidebrandgefahr beseitigt.

)(Nesse bei Hannover. Die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Moor- und Heidebrandes ist beseitigt. Der gestern früh erst zaghaft einsetzende Regen hat schon viel von dem glimmenden Torf gelöscht. Das Feuer ließ sich bis zuletzt in den Grenzen, die die Gräben ihm boten, halten, wenn auch in der letzten Nacht die Lage noch äußerst gefährlich war. Der Schaden allerdings ist außerordentlich hoch; sind doch einige tausend Morgen Moorland und Wald, wie auch der gesamte Wildbestand vernichtet worden. Ganz besonders hart ist das Gebiet um den Abbenser Berg getroffen worden, wo über 120 Morgen 60—70 Jahre alten Baumbestandes vollkommen niederbrannten. Die Brandstätte bietet einen trostlosen Anblick.